

Der große Katzenjammer

Von Dieter Grillmayer

Zum Flüchtlingsthema äußerte sich Christian Ortner in „Die Presse“ vom 2.10.15 wie folgt: *Deutschland im Herbst beginnt, nach dem besoffenen „Welcome Refugees“-Sommer, nun immerhin ansatzweise eine nüchterne und ehrliche Debatte.* Diese Wendung hat mich zu obigem Titel angeregt, indem die Nachwirkungen von Alkoholgenuss umgangssprachlich gerne als „Kater“ oder auch als „Katzenjammer“ bezeichnet werden.

Deutschland stehen schwere Zeiten bevor

Die Nüchternheit und die Ehrlichkeit, mit der nach Ortner das Thema in Deutschland nun aufgearbeitet wird, hält sich bislang in recht engen Grenzen. Vor allem geht es weniger um die Flüchtlinge selber und was mit der zusätzlichen (allein für 2015 prognostizierten) einen Million – neben der bereits bestehenden Migrantenszene – geschehen soll, sondern mehr um eine politische Schadensbegrenzung. Denn die Umfragewerte für CDU/CSU und insbesondere die persönlichen Werte von Angela Merkel lassen zum Teil kräftig nach und es ist wohl nur mehr eine Frage der Zeit, bis die SPD die historische Chance nützt, zur Union wieder aufschließen zu können.

Durch eine deutsche Entscheidung seien geltende EU-Regeln außer Kraft gesetzt worden, kritisierte CSU-Chef Seehofer die deutsche Kanzlerin und ihre Entscheidung, Flüchtlinge ohne Registrierung einreisen zu lassen, ziemlich unverblümt. Und CDU-Vize Thomas Strobl richtete an alle Nachreisewilligen die Warnung: *Verkauft nicht euer Haus und euer Auto, um die Schlepper bezahlen zu können. Wir werden Euch schnell wieder zurückschicken, und ihr werdet schnell wieder da sein, wo ihr hergekommen seid, nur ihr werdet noch ärmer sein.*

Strobl gibt damit indirekt zu, dass er und wohl auch seine Chefin schon lange gewusst haben, um welche Gruppe von Flüchtlingen es sich bei den bisher Angekommenen mehrheitlich handelt: Nicht um echte Kriegsflüchtlinge, die alles verloren haben und die sich den weiten Weg nach der Wunschdestination „Germany“ gar nicht leisten können, sondern schlicht und einfach um Auswanderer, die ein besseres Leben suchen, für welche die Genfer Flüchtlingskonvention also ganz gewiss nicht gemacht worden ist. Und die werden sich mit allen Mitteln gegen eine Abschiebung wehren, haben sie doch viel Geld investiert sowie viele Gefahren und Strapazen auf sich genommen, um ihr Ziel zu erreichen. Das kann doch nicht alles umsonst gewesen sein und wohin sollen sie denn auch zurückkehren, wenn sie all ihren Besitz verscherbelt haben?

Ähnlich verhält es sich mit der von deutschen Politikern nunmehr vehement geforderten Aufteilung der Lasten auf alle EU-Staaten. In Brüssel wurden gerade einmal die Quoten für 120.000 Flüchtlinge, das sind nicht viel mehr als zehn Prozent der allein in Deutschland aufhältigen oder noch zu erwartenden, beschlossen, und dieser Beschluss kam wohl nur deswegen zustande, weil viele Länder davon ausgehen, dass die Sache am Widerstand der Aufzuteilenden sowieso scheitern wird. Lediglich Tschechien, die Slowakei und Ungarn stimmten tapfer dagegen, und das sind drei Nachfolgestaaten der alten Habsburgermonarchie. Ist das purer Zufall oder eine Folge der Erinnerung an die Probleme, welche das Zusammenleben in einem Vielvölkerstaat mit sich bringt?

Hier zeigt sich auch ein großes EU-Problem, dass nämlich deren Spitzenmanager keine Volkswahl fürchten müssen, während das Schicksal der Politiker jedes EU-Staates vom Wohlwollen des betreffenden Staatsvolkes abhängig ist. Dem Sozialdemokraten Fico in der Slowakei, dem Christlich-sozialen Orban in Ungarn und dem Liberalen Tusk in Polen sitzt eine z. T. extrem rechte Konkurrenz im Nacken! Das ist wohl auch eine Ursache dafür, dass die aktuelle EU-Präsidentschaft (Polen) in der ganzen Flüchtlingsfrage eher verhalten auftritt.

Es darf also prognostiziert werden, dass Deutschland auf seinem Millionen-Problem sitzen bleiben wird, und die deutsche Politik kann derzeit nur versuchen, den Zuzug zu stoppen oder wenigstens zu verlangsamen. Ein Abschied von der „Willkommenskultur“, eine Befriedung des Nahen Ostens und eine großzügige finanzielle und personelle Hilfe für die Türkei, den Libanon und Jordanien zur menschenwürdigen Versorgung der dorthin Geflohenen hätten Priorität. Dass die EU nicht willens ist, die Schengen-Grenze gegen Eindringlinge wirksam zu verteidigen, das wurde mit der Schelte an Ungarn bewiesen. Die in Aussicht gestellten „Hotspots“ in Griechenland und Italien sind eine lahme Alternative und kommen natürlich auch viel zu spät.

Jedenfalls stehen Deutschland schwere Zeiten bevor. Selbst wenn die Flut nur wenige Terroristen ins Land geschwemmt haben sollte und diese neutralisiert werden können, selbst wenn die deutsche Bevölkerung Ruhe bewahrt und Asylantenheime unbehelligt lässt, tut sich ein Wust von Problemen auf: Nachdem es schon bisher mit der Integration nicht funktioniert hat und muslimisch geprägte Parallelgesellschaften entstanden sind, ist es eine Illusion, zu glauben, dass diese Massen von neuen Zuzüglern in die deutsche Gesellschaft eingegliedert werden können. Dabei reden wir noch nicht einmal von kultureller Integration. Auch bei einer Öffnung des Arbeits- und Wohnungsmarktes wird ein Gutteil der Neuankömmlinge weder Arbeit noch eine leistbare Bleibe finden, sondern von der öffentlichen Hand versorgt werden und behelfsmäßig untergebracht bleiben müssen. Die Folgen hinsichtlich Budgetbelastung, öffentlicher Sicherheit und Gewaltausbrüchen in den notgedrungen entstehenden Ghettos sind absehbar, von einer weiteren Islamisierung des vom Christentum und der Aufklärung geprägten abendländischen Kulturraumes einmal ganz abgesehen.

Österreich, du hast es (etwas) besser

Österreichs Regierung hat den Flüchtlings-Zunami in guter Deckung über sich hinwegbrausen lassen, indem sie die unkontrollierte Durchreise von Ungarn nach Deutschland nicht nur nicht behindert, sondern sogar logistisch unterstützt hat. Aber etliche Zehntausende sind schließlich doch hier hängen geblieben bzw. werden noch hängenbleiben, und schon deren Unterbringung stößt auf große Schwierigkeiten, von den kolportierten Euro-Milliarden an Kosten einmal ganz abgesehen. Alles, was über die deutschen Probleme gesagt worden ist, trifft damit, allenfalls etwas weniger heftig, auch auf Österreich zu, wobei wir aber (z. B. hinsichtlich der Budgetzahlen und der Arbeitslosenrate) wesentlich schlechter aufgestellt sind als der große westliche Nachbar.

Die Gefahr von Anschlägen auf Flüchtlings-Einrichtungen dürfte hierzulande allerdings eher gering sein, können die Österreicherinnen und Österreicher ihrem Unmut doch an der Wahlurne Ausdruck verleihen. Bei den Landtagswahlen in Oberösterreich und in Wien haben sie das getan und einer willens- und entscheidungsschwachen Regierung die Rute ins Fenster gestellt. Die Klagen der gegnerischen Parteien und Medien, die Freiheitlichen hätten gar nichts tun müssen, die Stimmen seien ihnen aufgrund der Umstände „ganz von selber“ zugefallen, ist so nicht richtig. Die FPÖ warnt seit vielen Jahren vor Asylmissbrauch und Überfremdung. Das Recht auf Asyl für alle, denen ein solches zusteht, und die Notwendigkeit einer gezielten Integration der Asylberechtigten hat sie nie bestritten und den lässlichen Umgang mit diesem Thema stets kritisiert. Mit ihren grosso modo maßvollen Wortmeldungen in den vergangenen Wochen hat sie alle jene als Lügner bloßgestellt, die ihr „Hetze“ und „Fremdenhass“ vorgeworfen haben. Das hat seine Wirkung getan, und wenn die politische Konkurrenz keine Lehren daraus zieht und die an Vernunft und Erfahrung orientierte volksnahe Politik der FPÖ weiter verteufelt, dann wird der freiheitliche Höhenflug unvermindert anhalten.

Dichtung und Wahrheit

Dass ich mich zum Flüchtlingsthema nun schon zum wiederholten Male derart strikt äußere, das hat seinen Grund darin, dass ein „klassischer“ Liberaler, dem das Funktionieren des (Rechts-)Staates

als Voraussetzung für das Wohl seiner Bürger über alles geht, und ein im kritischen Denken geschulter Mathematiker nicht sprachlos zusehen kann, wie die Mehrzahl unserer Politiker und Medien mit dem Thema umgeht und ein teilweise verunsichertes Publikum an der Nase herumführt (oder das zumindest versucht).

Da wird das Bild vom grausamen Diktator Assad an die Wand gemalt, vor dem die verängstigte Bevölkerung gar nicht weit genug flüchten kann. In Wahrheit war Syrien ein für arabische Verhältnisse sehr liberales Land, z. B. mit Schwulenbars in Damaskus, ehe die (ganz gewiss weniger toleranten) Assad-Gegner ab 2011 von außen, insbesondere vom puritanisch-islamischen und autoritär regierten Saudiarabien bzw. den mit den Saudis verbündeten USA mit Kriegsmaterial versorgt und zum bewaffneten Aufstand angestiftet worden sind. Auch die rechtslastige Erdogan-Türkei hat kräftig mitgemischt, und zuletzt schlugen sich dann auch noch die (ebenfalls mit US-Hilfe zustande gekommenen) IS-Mörderbanden dazu. Den Krieg in Syrien und alle Folgen haben also allein jene zu verantworten, die ihn willkürlich ausgelöst haben.

Mitleid, Humanität und christliche Nächstenliebe sind Schlagworte, mit denen für die Zuwanderer eine positive Stimmung erzeugt und den Skeptikern ein schlechtes Gewissen gemacht werden soll. Angesichts der vielen jungen, kräftigen und gut gekleideten Syrer, Irakis usw., welche via Fernsehen auf diversen Bahnhöfen zu beobachten waren/sind, fühle ich mich da nicht wirklich angesprochen. Zudem heißt es Nächstenliebe und nicht Fernstenliebe. Würden sich unsere Zuneigung und finanzielle Fürsorge z. B. nicht eher die einheimischen Mütter verdienen, die eine Schar Kinder zur Welt gebracht und großgezogen haben und die wir nun mit der Mindestpension abspeisen, oder die ausgeschundenen Schwerarbeiter, die Zeit ihres Lebens hierorts Steuern bezahlt haben? Oder die hiesigen Obdachlosen, die verjagt werden, wenn sie sich gemeinsam mit Flüchtlingen bei der Essensausgabe anstellen, wie das kürzlich am Salzburger Bahnhof geschehen ist?

Da die Mitleidstour nicht (mehr) so richtig ankommt, haben Angela Merkel und Co. nun auf „Höhere Gewalt“ umgestellt. Niemand und nichts könne die Flüchtlingsmassen zum Stehen bringen, man müsse sich mit deren Zuzug einfach abfinden. Wer das glaubt und danach handelt, der setzt den Rechtsstaat außer Kraft, der öffnet der Willkür und in deren Folge Chaos und Anarchie Tür und Tor. (Siehe dazu auch „Unser Weg in die Anarchie“ in „Die Presse“ vom 11.10.15.) Außerdem hat Ungarn das Gegenteil bewiesen: Eine Schengen-Grenze mit einem Drahtzaun zu sichern und dessen Stürmung mit Tränengas und Wasserwerfern zu verhindern, das verstößt gegen kein Gesetz, solange es eine reguläre Grenz-Übertrittsstelle gibt, wo gegebenenfalls auch Asyl beantragt werden kann. Und ebenso gilt das für Züge, die in die Puszta hinausführen, um illegal Eindringende registrieren zu können, wie es das Asylrecht unmissverständlich verlangt. Die (insbesondere deutschen) Orban-Kritiker müssen sich schon die Frage gefallen lassen, was ehrlicher und menschenwürdiger ist: Wirtschaftsflüchtlingen den Weg nach Europa zu versperren oder sie zunächst anzulocken, um ihnen dann mitzuteilen, dass sie doch nicht erwünscht sind, und ihnen mit Abschiebung zu drohen.

Heinrich Heine schließt sein drittes Buch über Religion und Philosophie in Deutschland (1834) mit folgendem Hinweis ab: *Unter den nackten Göttern und Göttinnen des Olymp, die sich dort, bei Nektar und Ambrosia, erlustigten, seht Ihr eine Göttin, die, obgleich umgeben von solcher Freude und Kurzweil, dennoch immer einen Panzer trägt und den Helm auf dem Kopf und den Speer in der Hand behält. – Es ist die Göttin der Weisheit.*

Anhang vom 13.10.15:

In den heutigen „Oberösterr. Nachrichten“ fand ich folgenden Leserbrief: „Wie viele andere Staatsbürger auch lege ich Wert auf Frieden, Recht, Ordnung, und eine positive Perspektive für unser Land und unsere Kinder. Und wie viele darf ich mich nun von den Herrschenden für meine

Haltung als unanständig, unmenschlich, national oder rechtslastig diskreditieren lassen. Das wird jedoch meine Meinung nicht ändern:

Ich halte die gegenwärtige Flüchtlingspolitik für gesetzwidrig und verantwortungslos – sowohl den eigenen Bürgern als auch den Flüchtlingen gegenüber. Ich halte es für moralisch falsch, Menschen aus aller Welt mit billiger, außerdem noch parteipolitisch missbrauchter Willkommenskultur hierher zu locken, obwohl man diesen nichts anderes bieten kann als Feldbetten in Turnhallen. Ich halte es für politisch tragisch, wenn Medien die Dramatik der von dieser Politik verursachten Situation verschweigen oder verniedlichen und diese damit weiter ermöglichen. Entschuldigung, aber das ist unanständig!“